

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 31 (1917)

290 (12.12.1917)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-573693](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-573693)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Porto 1,20 Mk., bei sechsmonatlicher Vorbezahlung für einen Monat 1,10 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,90 Mk., für zwei Semester 5,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. einschl. Postgebühren.

Redaktion und Hauptredaktion Petersh. 76
Dresdenerstraße 58, Amt Wilhelmshafen
— Filiale Altonastraße 24. —

Bei den Inseraten wird die 7-gelohnte Zeitspille oder deren Raum für die Inseraten in Württemberg-Bildungsstellen und Umgebungen, sowie der Zeitungen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Anzeigen 30 Pf., bei Anzeigen in besonderen Rubriken. — Offerte Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Kleinanzeige 85 Pf.

51. Jahrgang.

Hülftingen, Mittwoch, den 12. Dezember 1917.

Nr. 290.

Heeresberichte.

(W. Z. B.) Berlin, 10. Dez., abends. (Amtlich.) Von den Kriegshauptstäben nichts Neues.

(W. Z. B.) Wien, 10. Dez. Amtlich wird verlautbart: Oesterlicher Kriegshauptstab:

Die Verbündeten haben mit den zwischen Dnieper und Donau verlaufenden russischen und rumänischen Armeen den russischen Front Westfronten geschloffen.

Italienischer Kriegshauptstab:

In der Gegend von Trient sind die Truppen des Oberbefehlshabers der italienischen Armee, General Cadorna, in der Gegend von Trient, wo sie die italienische Front Westfronten geschloffen.

Der Chef des Generalstabes.

Stand der deutsch-russischen Verhandlungen.

W. Z. B. meldet: Ueber den Verlauf der Verhandlungen über die Waffenruhe an der Ostfront erfahren wir folgenden: „In Beginn der Verhandlungen mit der im Stande des Hauptquartiers des Oberbefehlshabers erschienenen russischen Delegation stellte sich beim Austausch der Rollen heraus, daß diese auf beiden Seiten lediglich dazu ermächtigt sind, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, nicht aber über den Krieg zu entscheiden. Die russische Delegation ist vor, einen allseitigen Waffenstillstand für alle Seere und auf allen Fronten zu vereinbaren. Daraus konnte uninteressant nicht eingegangen werden, da die Bundesgenossen Russlands weder vertrieben waren, noch von russischer Delegationen Vollmachten erteilt hatten, in ihrem Namen zu handeln. Wir können daher über die Verhandlungen zu dem Abschlusse eines Waffenstillstandes zwischen den Armeen der Verbündeten und den russischen Heere zu befrachten. Von russischer Seite ist hierbei ausdrücklich hervorzuheben worden, daß der abzuschießende Waffenstillstand den unmittelbaren Eintritt in Friedensverhandlungen zum Zwecke haben solle und zwar über einen allgemeinen Frieden zwischen allen Kriegführenden. Hieron haben die Bevollmächtigten der Verbündeten mit Befriedigung Kenntnis genommen. Zugleich ist die Erörterung von Friedensfragen einsetzten, vor schon deswegen nicht möglich, da die beiderseitigen Vollmachten hierzu nicht ausreichten.“

Am zweiten Sitzungstage teilten die russischen Delegierten uns ihre Wünsche für den Waffenstillstand mit. Die Bedingungen gingen für ihre militärische Lage zum Teil ganz erstaunlich weit. Die Russen verlangen beispielsweise die Räumung der Inseln im baltischen Meerbusen, ohne ihrerseits die Zurückziehung ihrer Truppen an irgend einer Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vorschreiben, für die ganze Dauer des Krieges über sechs Monate vorgelegene Waffenstillstände unsere Truppen in den Schlüsselgebieten der Ostfront zu belassen; nicht einmal deren Zurückverlegung in Abwartungslage sollte gestattet sein. Auf solche Bedingungen wollten wir uns natürlich nicht einlassen. Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte sich dann aber heraus, daß in allen, außer in einer Frage, eine Einigung leicht zu erzielen war. Der einzige Punkt, für den wir keine Lösung fanden, war die Frage der Inseln im baltischen Meerbusen, deren Räumung natürlich überhaupt jeder Diskussion fehlt. Wie leicht man sich eine Einigung zu erzielen war, zeigte sich in dem Augenblicke, als die russischen Delegierten erklärten, weitere Forderungen aus Belohnung einholen zu müssen, denn wir haben daraufhin in kürzester Zeit und ohne auf ernstliche Schwierigkeiten zu stoßen, eine Einigung über die Bedingungen der sehr einseitigen sehr einseitigen Waffenruhe erzielt. In dieser kurzfristigen Abmachung dürfen wir ein gutes Vorzeichen für die Zukunft erblicken.“

Die Darstellung wird von russischer Seite im wesentlichen bestätigt. In der amtlichen Mitteilung des Trödelns an die Ententegegenden dem es: „Auf unsere Frage nach den Kriegshauptstäben gaben die feindlichen Abordnungen keine bestimmte Antwort, sondern erklärten, ihre Aufgabe sei nur, die kriegerische Seite des Waffenstillstandes zu ordnen. Die feindlichen Abordnungen erklärten, sie hätten keine Vollmacht in Bezug auf diese Fragen, da keine französischen

und englischen Abordnungen zur Stelle seien. Die feindlichen Abordnungen schlugen einen Wagnigen Waffenstillstand von der Ostfront bis zum Schwarzem Meer vor und erklärten, sie würden ihre Bedingungen über die Frage eines allgemeinen Waffenstillstandes in Heeresverhandlungen mit den russischen Abordnungen unterrichten. Da sich die russischen Abordnungen weigerten, unter diesen Umständen des Abkommens über einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, so lehnten wir die kriegerischen Verhandlungen auf eine Woche aus und ebenso die Verhandlungen.“

Das Verhalten Trödelns geht noch dahin, die Entente an den Verhandlungstisch zu bringen; denn er sagte seinen Mitteilungen an die Ententegegenden hinzu, daß ein Einverständnis von mehr als einem Monat zwischen dem ersten Friedensangebot von 8. November und der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 12. Dezember verstrichen sei. Dieser Zeitraum sei groß genug um den verbündeten Regierungen Gelegenheit gegeben zu haben, sich über die Stellung zu den Friedensverhandlungen auszusprechen, d. h. ja oder nein zu sagen und, wenn nein, sich zu erklären.

für welche Ziele die Völker Europas vier Jahre hindurch ihr Blut vergossen hätten.“

Zunächst wird der Arbeiter- und Soldatenrat den Bericht der Delegierten entgegenzunehmen. Am Freitag fand bereits eine Besprechung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats statt, in der die zu den Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigten Abgeordneten Bericht erstatteten. Die Forderung wurde auf Sonnabend verlegt und ein Bericht darüber liegt noch nicht vor. Die russische Presse bringt aber uninteressante Bemerkungen, daß die Volkswirtschaft in allen Punkten nachgeben. Die Werke der Arbeiter- und Soldatenrat antwortet häufig darauf und beweist, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenrat weder einen Waffenstillstand noch einen Frieden schließen werde, welcher den Interessen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Volkswirtschaft der Alliierten widerspreche.

Weil die Verhandlungen eine Stagnation erleben haben, sieht die Entente wieder über Wasser. Der englische Gesandte in Buhanan in Beterburg hat bereits die Gelegenheit beim Schopfe gefaßt, um seine Gedanken mit uns zu teilen. Bei einem Gespräch russischer Weltberühmter erklärte er, er bezürge die Möglichkeit, an die russische Demokratie einen Aufruf zu richten zu können gegen diejenigen, welche die Politik Englands absichtlich verzerren. Er verfuhr wie der englische Sozialist für das russische Volk. „Wir tragen“ so laut der Botschafter, „den russischen Volk nicht nach und es ist kein Wort wahr an der Werbung, wir beschließen, die Trödeln zu beenden. Die Tatsache, daß Russland allein mit dem Feinde Verhandlungen anknüpft, eine Verletzung des Vertrauens vom Sept. 1914. Aber obgleich wir die neuen Verträge zurückziehen müssen, wünschen wir nicht, einen unwilligen Verbündeten zu gewinnen, seinen Teil an den Kriegskosten weiterhin zu tragen. Wir bevorzugen an die höchsten demokratischen Grundrechte, die auch das russische Volk als seine Ideale hingestellt hat.“

Wir wünschen einen demokratischen Frieden, der in Heeresverhandlungen mit den Verbänden der Feinde und schwachen Nationen geschlossen werden soll. Wir wünschen einen Frieden, der den Verbänden an Entschädigung und Einverleibung kleiner Nationen in große Reiche anschließt. Der Rat der Volkskommissionen ist sich, wenn er glaubt, einen solchen Frieden durch einseitige Verhandlungen mit dem Feinde erreichen zu können. Die Alliierten wollen zunächst unter den Kriegführenden Heeresverhandlungen über die allgemeinen Bedingungen erzielen, bevor sie in Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen eintreten. Kein einziger deutscher Staatsmann hat bisher etwas gesagt, aus dem man schließen könnte, daß die deutsche Anstalt (1) die Absicht der russischen Demokratie teile.

Obwohl wir, daß Kaiser Wilhelm einen dauerhaften demokratischen Frieden unterstützen wird, wenn er sieht, daß das russische Volk aufgedeckt hat, eine beachtenswerte Streitmacht zu sein? Der Frieden, den der deutsche Kaiser im Auge hat, ist ein deutscher, imperialistischer Friede. Die Alliierten seien die Alliierten bereit, mit einer feindlichen russischen Regierung über die Bedingungen, unter denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Friede geschlossen werden könne, zu beraten.“

Die Behauptungen Ludhans sind klar. Er gibt zu erkennen, daß England mit der neuen Regierung in Russland einverstanden zu sein beginnt. Selbst ein Sonderfrieden will man hier erreichen. Das hängt allerdings sehr verwickelt. Die russische Alliierte Mittelteil, hat der russische Vorkämpfer, als er der russischen Regierung den Besuch der Volkskongressen mitteilte, keine Reaktionen gegen Russland zu erwarten, weder im Hinblick auf die Alliierten an den Verhandlungstisch über den Waffenstillstand und den Frieden nicht bitten teilnehmen können, da die Ententegegenden ihnen zu weit gegangen wären. Die französische Regierung würde jedoch nicht abgeben, gemeinsam mit den anderen Alliierten von einer russischen Regierung, die das Vertrauen des Volkes besitzt, einen Vor-

schlag zur Einleitung von Friedensverhandlungen unter Bedingungen, die den Interessen und der Würde Frankreichs nicht widersprechen, entgegen zu nehmen. Im Vordergrund steht natürlich das Bestreben, Deutschland auszunutzen, um die Verhandlungen zu erleichtern oder zu hinterziehen. Das wird man auch in Deutschland beachten müssen, besonders der deutschen Regierung wird es eine Lehre sein.

Nach haben die neuen Männer in Russland den größten Friedenswillen. Nach einer Meldung der W. Z. B. werden die deutsch-russischen Verhandlungen am 13. Dezember nachmittags 2 Uhr wieder aufgenommen. Trödeln hat die Rolle von dem, um an die diplomatischen Vertreter der Ententegegenden die Aufforderung zu richten, an den Verhandlungen teilzunehmen.

West- und östliches Gelände.

Von Dr. Paul Lenich, M. d. R.

Es ist nur der erste Schritt, der Wille macht. Nachdem Russland nunmehr den ersten Schritt zum Frieden getan hat, ist die größte Schwierigkeit zur Beendigung des Krieges überwunden. Schon hat sich Rumänien entschlossen, an den Waffenstillstandsverhandlungen teilzunehmen, und daß in den westlichen Ländern die Regierungen alle Mühe haben, die Friedensbewegung zu unterstützen, ist bekannt genug. Der Brief Ludhans hat jetzt auch in England dieser Bewegung einen Impuls gegeben, und mancher kluge Staatsmann an der Themse mag jetzt schon die kurzfristige Diensthaftigkeit Lloyd Georges verwundern, die es verhindert, daß England leistungsfähig dem russischen Waffenstillstandsangebot zuvorzukommen. Rumänien freilich werden England und Frankreich noch einmal mit höchster Entschlossenheit um den Sieg kämpfen, und doch, das steht heute schon fest, werden sie nicht mehr imstande sein, das Kriegsgelände zu gewinnen.

Die Entwicklung der Ereignisse hat denen recht gegeben, die auf dem Standpunkte der „östlichen Orientierung“ standen, d. h. die von Anfang an den wahren Gewinner in England erblickten und sich von den russentölpelnden Kriegspolitikern, wie sie beispielsweise Edward Bernheim im August 1914 in einigen sehr charakteristischen Artikeln im Vorwärts vertrat, nicht beirren ließen. Der Journalismus ist verarmt, nicht weil, sondern trotzdem seine Vermutung eine aktions populäre Kriegspolitik auch der sozialdemokratischen Wollen Deutschlands war; denn an sich konnte nichts so sehr den Journalismus in Russland vorübergehend stützen, als eben das deutsche Gelände nach seinem Sturz und die Proklamierung der russischen „Befreiung“ als deutsches Kriegsgelände. Wilson hat mit seinem Kriegsgelände: Befreiung des deutschen Volkes von den Söhnen der Erde und der Jenseitswelt zunächst auch nur der Reaktion gedient. Schließlich aber hat der Journalismus doch weichen müssen. Die deutschen Siege waren die Voraussetzung der russischen Revolution, das muß immer wieder betont werden. Die Erkenntnis, daß die russische Freiheit nur unter der Voraussetzung deutscher Siege sich erheben konnte, während ein Entente Sieg für die Russen vertriebe Ansehlichkeit bedeutet hätte, zeigt es uns erst deutlich, daß in diesem Kriege in der Tat Deutschland die revolutionäre Rolle, England dagegen die reaktionäre Rolle spielt, denn spielen muß.

Trotz des russischen Waffenstillstandsangebots ist die Entente geprengt. Das zunächst wichtige Gebot also, die gegen Deutschland bestehende Koalition aufzulösen, ist erreicht worden. Darüber hinaus aber wird ein absehbare Zeit zwischen Russland und den Westmächten wahrscheinlich ein höchst erhitertes Verhältnis herrschen. Die Westmächte werden sich als von Russland „im Stich gelassen“ fühlen, während Russland wieder sich als Opfer englischer Weltberühmter vorfinden wird. Sollte es zu einem Staatsbankrott in Russland kommen — woran kaum zu zweifeln sein dürfte — so wäre das für die russische Revolution, der das so tausend Wunden blutende Frankreich treffen könnte. Die Tonart der französischen und englischen Presse ist jetzt schon derartig mürrisch und jähelnd, daß man für die Zukunft auf eine lang andauernde Entfremdung rechnen muß. So bedauerlich das man auch dem sozialistischen Standpunkt gegenüber ist, der nicht auf eine Verschönerung, sondern auf eine Aufhellung der nationalen Gegensätze abzielt, so notwendig wird es sein, an die Stelle unserer Wünsche die Erkenntnis harter Tatsachen zu setzen.

Je deutlicher Russland erkennt, daß die Politik Englands im östlichen Gegensatz steht zu den russischen Lebensinteressen, umso weniger wird es sich in Zukunft noch einmal vor den Wogen englischer Weltberühmter hängen lassen. Die englisch-russische Entfremdung aber ist eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Ruhe in Europa. Nach Berücksichtigung der russischen Weichen müssen wir eigentlich erst so recht überlegen, es zu wagen, welche Zukunft uns gegenüber, und es will schon etwas wagen, wenn es nun auch in der neutralen Presse etwas zu sagen anfängt. So schreibt im Antifederalist

Standard der früheren belgischen Ministerpräsident Dr. Sappet, ein Mann, der sich allerdings immer ein objektives Urteil gewahrt hatte:

„Die Leistung der Oberbefehlshaber in Petersburg hat ganz Europa nicht bloß überrascht, sondern in erschütterndem Staunen versetzt. Man hatte wohl angenommen, die Verbündeten seien sich lange vor 1911 einig gewesen, daß sie man sich auch die Selbständigkeit Belgiens vorzuziehen hätte, man hätte kein Recht auch nur im entferntesten gewagt, anzunehmen, daß England, Frankreich, Italien und Rußland zu einer Zeit, als man den Haß von Deutschland sowohl in London wie in Petersburg auf das allerhöchste Maß zu steigern suchte, am Deutschen in irgendeiner Weise zu überfallen. Selbstverständlich blieben der deutschen Regierung, wie geschehen, man auch verfaßt, diese Vorgänge nicht verborgen. Daher durfte Deutschland im Juli 1914 seinen Außerfall jähren, wenn es der Falle entgehen wollte. Es mußte sich auf alle Eventualitäten vorbereiten und seinen Feinden gegenüber. Aus den Archiven nach hervor, daß man es darauf angelegt hatte, die Weltmächte so gut wie unvorbereitet zu überfallen und ihnen einen tödlichen Stoß zu versetzen, von dem sie sich, wie man hoffte, nie wieder erholen würden.“

Wie sorgfältig und systematisch die Weltmächte dabei zu Werke gingen, das ergibt sich aus den Dingen, die freilich in jenen Geheimnissen nicht zu finden sind, die aber doch von höchster Wichtigkeit für uns geworden sind. Wir meinen damit die Vorbereitung, die genau ein Jahrzehnt vor dem Kriege in Belgien von Frankreich aus einwirkte, mit dem Ziele, das Land aus seiner neutralen Stellung herauszumanövrieren. Ueber diese Dinge ist jedoch ein höchst aufschlußreiches, fast nur aus Tatsachen bestehendes Buch aus der Feder des dauerlichen Landtagsabgeordneten Dr. Dier erschienen: Belgien als französische Ostmark, bei dessen Vektüre dem sozialdemokratischen Vektor sich eine neue Welt auftut. Dem Spürhund Dr. Diers verdankt die Öffentlichkeit die Aufklärung jener belgischen Geheimnisse, deren Veröffentlichung im Jahre 1915 wie eine Bombe einschlug, und die noch heute im Entente-lager verlagert umflodern werden. In seinem Buche nun — übrigens einen fastlichen Wähler von fast 600 Seiten — bringt Dier eine fast überwälzende Materialmasse herbei, mit welcher Unerforschtheit und zugleich Zielstrebigkeit die französische Republik in die inneren Verhältnisse Belgiens einwirkte, mit der ausgeprägten Absicht, das Land einer zukünftigen Eingliederung in Frankreich entgegenzuführen.

Man mag über das Ausmaß dieser einer solchen Politik noch so viel Argumente entführen, man mag sagen, daß weder Deutschland noch England einer solchen Eingliederung jemals zustimmen würden; Tatsache bleibt doch, daß diese dreifache Aktion der französischen Chauvinisten in Belgien guten Boden fand, einen großen Teil der nationalliberalen Bevölkerung daran gewöhnte, sich als „ein Ecken Frankreichs“ zu betrachten und der Annexion durch Frankreich entgegenzukommen. Ueberflüssig zu sagen, daß diese mit amtlichen französischen Mitteln unterstützte und im größten Teile in der Schule, in der Presse, im besonderen in sehr zahlreichen Organisationen betriebene Aktion auch in den innerbelgischen Streitigkeiten zwischen Flamen und Wallonen einwirkte. Vor allem aber versetzte sie die öffentliche Meinung Belgiens und betete sie in verbürgter, vollkommener Weise gegen Deutschland auf. Das das „heimatverlangende“ Elsaß-Lothringen hierbei eine große Rolle spielte, versteht sich fast von selber. So wurde an unserer Westfront in diesem „neutralen“ Lande eine Stimmung herausgeschüttelt, die schließlich nichts mehr mit Neutralität zu tun hatte. Man träumte von einem „Großfrankreich“ von Ostende bis nach Südwestafrika. Wie sehr die Erwerbung des Kongostates durch Belgien dazu beitrug, Belgien in eine solche, mit seiner Neutralität sowohl wie mit seinem kleinen Gebietsumfange nicht zu vereinbare Weltanschauung hineinzuführen, haben übrigens belgische Sozialisten vor dem Kriege in der Reuen Zeit deutlich ausgesprochen. Man tradierte noch Selbstverleugern und nicht wahr so bescheiden, als daß der hiesige Herr von Probenwitz, belgischer Staatsminister, bei Ausbruch des

Krieges und jetzt noch in Savre, sofort nach Zurückweisung der deutschen Bitte um die Erlaubnis des Durchzuges 1914 in einem Briefe sich dahin aussprach, er hoffe, daß dieser Krieg für Belgien Eroberungen bringen werde.

Der Krieg hat nun freilich durch diese Zueinigungen einen tiefen Bruch gezogen und das belgische Volk mußte die nichtwählbare Politik seiner Regierung, die das französische Treiben rüdig mit anfang, so es indirekt noch förderte, für sich selbst verantworten. Umso nötiger ist es, daß in Zukunft, wenn Belgien wiederbereitet sein wird, Deutschland vor derartigen friedensgefährdenden Agitationen an seiner Westgrenze gehindert bleibt. Das geschieht am besten durch die Erkenntnis der Weltmächte, daß sie in einem etwaigen Staatsvertrage Rußland nicht wieder auf ihrer Seite haben würden. Deutschland wird dem Völk Belgiens selbstverständlich als ein Erdmittler denken, um sich ein Kolonialreich zu verschaffen, das es, wie schon Genua auf dem Brest-Litovsk-Vorvertrag angedeutet, dringend braucht, im übrigen sich aber auf die Last der durch den Krieg neu geschaffenen Ringe auf dem europäischen Kontinent verlassen. Diese Dinge bieten uns größeres Ausblick auf eine lange Friedenszeit, je weniger gewalttätige Annexionen geplant und durchgeführt werden.

Die Revolution in Portugal.

Ueber die letzte Revolution in Portugal, die keine Änderung der auswärtigen Politik des Landes bringen wird, liegen folgende Meldungen vor:

(W. Z. B.) Lissabon, 10. Dez. Die portugiesische Revolution ist nach Meldungen aus Oporto völlig an gunstiger Revolutionäre entschieden. Die Regierung verlor die Kontrolle über Lissabon, während sie sich nach dem auf das Kriegsschiff Vasco da Gama, von dem aus sie Lissabon bombardieren ließ, Oporto zu bewegen. Die gesamte Garnison machte aber mit den Revolutionären gemeinsame Sache und beschloß sich der Forts, die das Feuer des Kriegsschiffes erlaubten. Oporto da Gama stellte dann das Neubestehen der Stadt ein, in der jetzt wieder unter dem Befehl von Generalmajor Ruhe herrscht.

(W. Z. B.) Lissabon, 10. Dez. (Reuter). Das revolutionäre Komitee setzt sich aus Sidonio Pais, Machado Santos und dem Kapitän Felizardo Costa zusammen. Machado Santos wird abends erwartet. Es verlautet, daß bezüglich der Proklamierung der neuen Regierung die Ablehnung der Präsidenten und die Auflösung des Parlamentes durch ein Dekret befohlen werden sollen. Rodrigues Bettencourt wird Ministerpräsident und einflussreicher Präsident der Republik.

(W. Z. B.) Paris, 10. Dez. (Reuter). Exzellenz meldet aus Madrid: Die einmündige Regierung in Oporto behält Machado Santos auf ihrem Platz zu lassen. Man glaubt, daß der Präsident der Republik zurücktreten und Bimbo de Castro ihn ersetzen werde. Die Umwälzung bezieht sich lediglich auf die innere Politik. Das Leben und Eigentum der Bürger werden geschützt, da die Armee und Marine und die politischen Vereinigungen in der Provinz sich der einmündigen Regierung angeschlossen haben. — Aus Lissabon wird gemeldet, daß der revolutionäre Ausschuss in Oporto sich zusammensetzte aus dem Obersten Melchior Aguirre, dem Leutnant S. S. Trifino Rodrigues und Carlo Pereira. Moulo Costa und Augusto Soares sowie die Regimentskommandeure der Besatzung wurden verhaftet und die Verbände abgestellt, jedoch herrscht dort Ruhe.

Der Krieg mit Amerika.

13 Milliarden Dollar.

(W. Z. B.) Washington, 6. Dez. (Reuter). Der dem Kongress vorgelegte Staatshaushaltsantrag sieht 13 Milliarden Dollar. Dies ist die höchste Forderung in der Geschichte des amerikanischen Volkes. Ueber 11 Milliarden werden für Kriegszwecke verlangt. Die voranschickende für den Krieg 6515 Millionen bezug. 1014 Millionen, während die Signalbetriebe einschließlich des Flugwesens 1138 Millionen verlangt werden, darunter 610 Millionen für die Luftflotte.

Aus dem Osten.

Der Kampf um Finnlands Unabhängigkeit.

Nach einer Sondermeldung aus Oestingsfors hat der Präsident des finnischen Senats den alliierten Regierungen eine Erklärung gesendet, in der es im wesentlichen heißt: „Schon seit der Verfassung von 1772, hat der finnische Senat beschlossen, sich als im Besitz der Souveränität zu erklären. Kraft dieses Beschlusses hat das Haupt der finnischen Regierung dem Entschluß einen Entwurf zu einem Verfassungsgesetz unterbreitet, wonach Finnland sich als unabhängige Republik erklärt. Die finnische Regierung erkläre deshalb die freundlichen Wünsche um Anerkennung der finnischen Unabhängigkeit.“

Telegramme aus Oestingsfors via Saporanda bestätigen, daß die neue bürgerliche Regierung Finnlands, mit E. von Lufund, Führer der schwedischen Volkspartei, als Präsidenten, die völlige Unabhängigkeit Finnlands proklamierte. Falls dieser Verfassungsentwurf endgültig angenommen wird, wird Finnland nachher ein demokratisches Republik der Welt werden. Nach der abgegebenen Unabhängigkeitserklärung nimmt das finnische Volk sein Schicksal in die eigenen Hände. Der Völk soll vom Landtag einmündig gewählt werden sein, nachdem die Sozialisten ihre Opposition aufgaben. Finnland erwarte zuverlässig, daß die Mächte die Unabhängigkeit des Landes anerkennen.

Von den türk. Kriegsschauplätzen.

An der Sinaifront.

(W. Z. B.) Konstantinopel, 9. Dez. Sinai-Front: Feindliche Vorstöße südlich Bethlehem wurden leicht abgewehrt. Westlich Jerusalem entwickelten sich neue Kämpfe. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Aus den Kolonien.

Letzow-Vorstoß schlägt sich durch.

London, 1. Dez. (Amtlicher englischer Bericht.) Von Dovenier berichtet: Aufklärungsarbeiten haben endgültig die Tatsache festgestellt, daß Deutsch-Ostafrika vollständig von Feinde freier ist. So ist auch die letzte der deutschen überseeischen Besitzungen in ihrer Gesamtheit in unsere Hände und die unserer belgischen Verbündeten gekommen. Nur eine kleine bedeutende Streitmacht ist dort übrig geblieben. Diese hat sich auf das anliegende portugiesische Gebiet gelichtet. Es sind Maßnahmen getroffen, um dort mit der Abwehrung. Die Gesamtzahl der allein während des Monats November getöteten oder gefangenen Feinde beläuft sich auf 115 Deutsche Europäer und 382 eingekerkerte Soldaten (ausgeschlossen der Träger und Diener). Außerdem wurde verschiedenes Material erbeutet von uns erbeutet oder vom Feinde zerstört: zwei 10-Zentimeter-Mörsergeschütze, ein 10-Zentimeter-Flugabwehrschütz, ein 70-Millimeter- und ein 37-Millimeter-Geschütz, etwa 73 Maschinengewehre und mehrere tausend Gewehre.

Anmerkung: Zu vorstehender Meldung über die Aufgabe Deutsch-Ostafrikas durch Generalmajor v. Letzow-Vorstoß geben die Reuen Züricher Nachrichten unter der Überschrift Deutsch-Ostafrika in den Händen der Alliierten folgenden treffenden Kommentar: „So ist denn nach fast dreieinhalbjährigem Widerstande auch Deutsch-Ostafrika als letzte der deutschen Kolonien geflossen. Abgesehen von allen Zufahren vom Meer her, bedingt von allen Seiten durch die vereinte Uebermacht von Engländern, Franzosen, Belgiern und Portugiesen, längst entbehrt von Lebensmitteln, Mähdern und Tracemitteln, sowie von Munition und sonstigem Kriegsbedarf, mußte auch die letzte Truppe der Tapferen sich ergeben. Nicht den Siegern war die Geschichte hier dermaßen ein Räuber, selbst einräumen, sondern die hier belagerten Belagerten, der Feinde, die feindlichen Hand hat. In diesem Ruhestadium werden vor allem zwei Momente anzuführen sein: der Heroismus der Deutschen in Ostafrika und die erfreuliche Kunde der schonigen Eingeborenen zu ihnen. Die Deutschen haben der Sendung Entschloß im äussersten Afrika auch in diesen furchtbaren Kampfjahre Ehre gemacht. Schon — die anderen“ —

Fenilleton.

Eine klassische Durchbruchschlacht.

Italien. Front. Ende November.

Das überaus schlechte Wetter des 24. Oktober, das jede Wirkung unserer Aufmärsche, jede Fernbedeutung unserer Artillerie unmöglich machte, hat sich für den Ausgang der Schlacht im ganzen als günstig erwiesen. Unser Artillerie war auf über diese, wie sie sich nachher durch persönliche Beobachtung nachprüfen ließ, glänzend eingeschlagen. Im südlichen und östlichen Gebirge, wo Vorteile und Nachteile des Wetters für Angreifer und Verteidiger die gleichen waren, machte das plötzliche Erschweren unserer aus dem Nebel auftauchenden Kolonnen auf den impressionierten Italiener meist einen verzweifelten, niederschmetternden Eindruck. Vor allem aber begünstigte das schlechte Wetter den Angriff der 14. Armee, indem es eine Bewegung erschwerter, die eine der wichtigsten des ganzen Tages wurde. Das ist der Teil der Schlacht, der die Schlacht Division Quarta von Tolmein am südlichen Jonsoufer aufwärts bis Karvitz. Dieser Stoß wäre auch bei klarer Sicht erfolgt. Aber es ist die Frage, ob es unter den schwierigsten und Gefährlichsten des auf den Bergen liegenden Feindes so schnell gelungen wäre. In dem Nebel und Regen die Bewegung des Feindes verbergen, konnte der führe Stoß der Schlacht eine Tiefe erreichen, die den Zusammenbruch des Gegners noch mehr als erwartet bescheinigte. Um 5 Uhr traten sie in Tolmein ein. Um 10 Uhr wurde Karvitz 12 Uhr 10 Rammo erreicht. Um 2 Uhr hatten sie den Jonsoufer bei Jersico in ihren Besitz und um 3 Uhr zogen sie in Karvitz ein. Innerhalb 7 Stunden hatten sie — mit minimalen Verlusten — durch den Wagenweg der Führer vorwärts getrieben — ein viele Kilometer hohes Loch in die feindliche Front geißelt. — hatten die feindliche Front so auseinandergerissen, daß die noch auf dem südlichen Jonsoufer am Fern und West sich befindenden Italiener vollkommen in der Luft lagen.

Die dort im Raum des Fern operierende 1. u. 1. Division General d. Brins hatte Mängel nicht sich um 8 Uhr aus den Bergstellungen zwischen Tolmein und Fern auf den Gegner ge-

führt. Der über 2000 Meter hohe Schneepilz des Fern, auf dem einige Abhänger-Gebirge eingestürzt waren, wurde durch eine riesige Schlucht hinweggenommen. Als der Gegner sich ins Z zurückziehen wollte, fand er die Jonsoufer bereits von den Schützen verperrt. Die ersten Tausende von Gefangenen — der Anfang der 300000 — fielen hier schon vormittags in die Hand unserer Verbündeten.

Weiter nördlich hatte die Gruppe Kraus im südlichen Gelände umherbewegt vorrückend, sich ihren befohlenen Weg gehalten. Der Haupt (2208 Meter) war in Angriff genommen, das Wetz von Misch befreit. Von Sapa aus bestand sich eine Kolonne auf dem Wetz gegen den St. In Karvitz war mit dem Schützen Verbindung hergestellt. Bei irrendem Regen drängte am Nachmittag die ganze Linie von Sapa bis Misch auf der gewonnenen Anhöhe des Jonsoufer nach oben in die Berge. — Aber die schwere Arbeit verzögerte an diesem Tage das deutsche Alpenkorps. Ursprünglich auf dem Tolmeiner Schloßberg und dem nördlichen Waldkopfberg zu gleichen Teilen verteilt, dann wegen des steigenden Jonsouferes tagelang auf dem Nordhang des letzteren konzentriert unter den Augen des Feindes liegend, führte es morgens 8 Uhr in zwei Kolonnen über Wetz auf seine Angriffspunkte los. Der Kolonnenführer rückte mit zwei starken Regiments in das Tolmeiner Wetz hinein, umgeben die sich das eng geschlossene Alpenkorps hinanzog. Die linke und rechte Kolonne gingen jede auf eine dieser beiden Höhen vor, nachdem die Volksschützen Ebene mit ihren außerordentlich starken Krähenthoraxen und den zahlreichen Schwarmtruppen durchdrungen. Die rechte, nördliche, Kolonne ist schon zwischen 8 Uhr 30 und 8 Uhr 30 im Aufstieg auf den Wetz (rechte Höhe). 10,25 Uhr hat sie seine Spitze erreicht. Gegen 11 Uhr wird der Wetz, die Wetz der nördlichen Höhe, erreicht. Nun geht es auf der befestigten Randhöhe südlich gegen die Höhe 1114. Diese stellt die Wetz der südlichen Höhe dar. Auch sie — das Zentrum der südlichen Alpenkorpsaufstellungen — wird im Sturm niedergedrungen. Damit ist der gegen starken feindlichen Widerstand auf der südlichen Höhe — Höhe 723 — ringenden linken Kolonne Luft gemacht. Am Spätnachmittag nehmen auf dem rechten Misch wärterbergige Berggruppen nach das harte Trillerstein Troni. Gegen Abend ist der gesamte Angriffspunkt des Alpenkorps in unserer Hand, damit tritt die wirkliche Entfaltung des ersten Schloßberges gefolgt. Denn nicht es der Ansturm des Alpenkorps nicht gelangen, in die Hauptstellung des Fernes (1114) — Jom

nisch am ersten Tage einzubringen so wäre höchstwahrscheinlich durch eine am nächsten Tage neu aufsteigende feindliche Artillerie die Hauptstellung der 14. Armee erheblich gefährdet worden. Wohl hätte der gefallene Northof der Schlacht auch den Alpenkorps Entlastung geschaffen, indem er den auf dem Kolonnen haltenden Italiener in der linken Flanke bedrohte. Aber ihre Stellungen hier oben waren so hart und hatten noch hinten so gute Verbindungen, daß ohne Unflingung auf der Linie Tolmein-Karvitz-Tripigno-Asida den Gegner niemals rechtzeitig aus seinen Stellungslöch herauszumanövrieren hätte. Der Wetz mußte auch frontal durchdrungen werden. Das geschah durch einen in der Kriegsgeschichte wohl beispiellosen Angriff, der in wenigen Stunden von 100 auf über 1000 Meter getragen wurde. Mit den Schützen teilten sich die Reste des Alpenkorps in dem Nebel der Entfaltung.

Die Gruppen Perer und Scotti waren den Italiener südlich des Kolonnen zunächst in seine Hauptstellungen hinauf. Der Gruppe Perer lag als Hauptbedrohung oder mögliche Gefahr bedroht. Während der rechte Flügel sich gegen ihn frontal vorarbeitete, stieß der linke umfönd von Sapa vor. Nachdem die italienischen Verbindungen an der Straße Sapa-Waldseeb (Genua übernahm) sich, wird um 12 Uhr das Oberdorf Jersico, um 2 Uhr unter Aufstellung der ersten feindlichen Regimenter nach Süden das Dorf Genu erreicht. Um 5 Uhr in dieser Höhe im südlichen Durchgehen auf die zweite feindliche Bergkette Linie Auskern-Valino. Der rechte Flügel ist notwendigweise in das Tempo der linken Kolonne des Alpenkorps (Angriff auf Höhe 723) verwickelt. Zeitweise greift er selbst so den dort kämpfenden Jäger an, die nur Schritt für Schritt gegen den feindlichen Wetz vorwärts Boden gewinnen können. Am feindlichen Wetz wird auch hier das Ziel erreicht. Mit der Rückeroberung des Jersico haben die Truppen des Generalis von Perer an dem feindlichen Gefanzentrum ruhmvollen Anteil. Nicht minder die Kaufmann und L. u. 1. Regiment der Schloßberggruppe Scotti. In gewissem Ausmaßem Kolonnenführer und Alpenkorps anordneten sie sich über den Genua-Wald in die feindliche Stellung. Während ihre südlichen Nachbarn noch in harten Kämpfen am südlichen Ufer des Jonsoufer standen, haben sie am Grad Fern in das Zentrum der italienischen Stellung, den Bruchpunkt zwischen der alten und neuen italienischen Front, — trafen diese nach beiden Seiten auf und setzten noch am ersten Tage zum Angriff auf den Kolonnen ein.

Dr. Adolph Ritter, Kriegsbildnerichter.



Die Einheitschule in Oldenburg.

Der Verwaltungsausschuß des Landtages hat sich mit einem liberalen Antrag befaßt, der auf dem Wege zur Einheitschule einen Schritt nach vornwärts bedeutet.

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage in seiner nächsten Sitzung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Schulgesetzes, vorzulegen, in welchem bestimmt wird, daß

- 1. in Gemeinden, in denen eine Mittelschule besteht oder errichtet wird, die Kinder, soweit die Schulwege es zulassen, vom 5. Schuljahre an nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit entweder der Mittelschule oder der Elementarschule zuzuwenden sind;
2. der Staat den durch die Kosten der Mittelschulen übermäßig beschwerten Gemeinden Beihilfen zu leisten hat, deren Bemessung gesetzlich geregelt wird;
3. die Pflicht zur Erhebung von Schulgeld für den Besuch der Mittelschulen aufgehoben wird.

Nach § 12 des Schulgesetzes können die Gemeinden durch Gemeindefiskus sowohl neben den Volksschulen als auch in Verbindung mit ihnen Mittelschulen errichten. Für ihren Besuch muß in der Regel ein angemessenes Schulgeld erhoben werden (§ 100). Eine Zuzahlung des Staates besteht nicht. Da der Kernplan der Mittelschulen sich demjenigen der Oberrealschule und des Realgymnasiums zu gleichen läßt, doch sie an der oberen Klasse der höheren Schulen anreihen, so ermöglicht das Schulgesetz an sich eine organische Verbindung der Volksschulen mit den höheren Schulen. Die Erziehung der Volksschulen ist die geltenden Bestimmungen zur Erreichung dieses Zieles nicht genügen. Die Vorschriften, daß in der Regel Schulgeld zu erheben ist, die Mittelschulen zu Standeschulen macht, und der Umstand, daß der Staat zu ihren Kosten keine Beihilfen zu leisten hat, haben seit dem Erlaß des Schulgesetzes neue Mittelschulen kaum entstehen lassen. Der Zweck der in Frage kommenden Bestimmungen ist insofern nicht erreicht. Dem will der vorliegende Antrag abhelfen.

Aus der Mehrheit des Ausschusses, die dem Antrage zustimmt, wurde gewählt, daß es das Ideal der Jugendberziehung sein müsse, jedem Kinde Gelegenheit zu geben, seine Fähigkeiten nach dem Maße seiner Benennung und seiner Willenskraft auszubilden. In je höheren Grade die Unterrichtsanstalten das erhaltenden, desto leistungsfähiger werde das Volk in seiner Gesamtheit werden und desto höher werde es sittlich dastehen. Wenn das richtig ist, so ist es von selber sehr wohl zu verstehen, daß man sich nicht nur ein besonderes Ansehen vor sich, sondern, wenn die Weltfriede verurtheilt, im Laufe der vor uns liegenden Jahrzehnte zu helfen. Dazu gebe es in der Hauptsache nur einen Weg: vernünftige Einschränkung der Bedürfnisse und anstrengte Arbeit aller Volksgenossen. Je mehrbindernde diese Arbeit sich gestaltet, je leistungsfähiger das Volk in seiner Gesamtheit werde, desto reicher und wirksamer würden die Schäden, die der Krieg bringe, ausgeglichen werden können.

Zu dem Zwecke müßten alle im Volke ruhenden Kräfte freigegeben und zur Entfaltung gebracht werden dadurch, daß der Jugend nach Möglichkeit zu deren Ausbildung ihrer Anlagen Gelegenheit gegeben werde, die ihrem Können entsprechen. Es genüge nicht, daß einzelnen hervorragend

begabten Schülern durch Befreiung der Besuche von höheren Schulen und Hochschulen ermöglicht werde. Wichtiger sei es noch, die breite Masse zu fördern, denn jede Steigerung der geistigen und sittlichen Kräfte des einzelnen kommt dem ganzen jugend und erhebe die Leistungsfähigkeit der Gesamtheit.

Ein weiterer Grund für den Antrag erhebt sich aus der Geschichte des deutschen Bildungswesens. Zeitspende sei im Anfange des vorigen Jahrhunderts mit dem Ausbau seines Schulwesens hergegangen. Künftig, zum Teil viel später, seien die höheren Staaten Europas gefolgt. Das deutsche Volk habe infolge dessen einen Vorsprung gewonnen. Die Pflichterfüllung und die Willensstärke, die sich jetzt bei uns allenhalben offenbare, in der Front und hinter der Front, bei Männern und Frauen, werde man unbedenklich als eine Frucht der Erziehungsbereit an der deutschen Jugend während des letzten Jahrhunderts ansehen dürfen. Solange aber die Völker nach Nationalitäten getrennt die Erde bewohnen, werde man dieselbe Vorsprung zu erhalten haben müssen, damit das deutsche Volk, wenn es in der Zukunft jemals wieder dazu genötigt werden sollte, Haus und Herd mit demselben Erfolge verteidigen könne wie jetzt.

Die Erreichung des angezeichneten Zieles ist zum großen Teile bedingt durch die Einrichtung der Unterrichtsanstalten, vor allem der Volksschule, in der W. v. d. Jugend ihre Ausbildung erhalte. Es fragt sich, ob sie in ihrer jetzigen Gestalt jedem Schüler Gelegenheit gebe, seine Fähigkeiten nach dem Maße seines Könnens und Willens auszubilden. Das ist nicht der Fall. Das Verbot der Volksschule müsse so gelockert sein, daß es auch von dem weniger begabten Kinde erreicht werden könne. Hierbei es darüber hinaus erweitert, so müßte es den schwächeren Schülern zum Erlaube werden, weil sie dann dem Unterricht nicht folgen könnten und die Freizügigkeit an ihm verlieren. Die Folge aber sei, daß die begabteren Schüler zurückgehalten würden. Sie würden, wenn sie Gelegenheit dazu befänden, geistig weiterkommen können, als es jetzt der Fall sei. Dem lasse sich abhelfen durch eine Zonierung der Kinder nach ihrer Leistungsfähigkeit. Trete mit dem Beginn des 5. Schuljahres eine Trennung ein, so daß die Kinder, die dafür befähigt seien, dem Unterricht der jetzigen Mittelschule erzielten, die übrigen aber am Elementarunterricht teilnehmen, so werde man ihnen die besten Vorteile näher kommen. Denn nachdem der Unterrichtsplan dem Können der Kinder mehr angepaßt sei, würden sowohl die schwächeren als auch die besser begabten Schüler auf eine höhere Stufe der Ausbildung gebracht werden können. Da der Lehrplan der Mittelschule je nach ihrer Einrichtung demjenigen einer der oberen Klassen der Oberrealschule oder des Realgymnasiums angepaßt werden könne, so würde gleichzeitig eine organische Verbindung zwischen der Volksschule und den höheren Schulen herzustellen sein.

Im Antrage ist die Vereinigung „Mittelschule“ bezeichnet, um an bestehende Einrichtungen anzuknüpfen zu können. In Wirklichkeit würde die Mittelschule ein Teil der Volksschule werden, in der die Kinder vom 10. Lebensjahre an nach Maßgabe ihrer Begabung entweder dem Unterrichtsverlauf der Elementarschule, oder demjenigen der höheren Schulen würden, der an höhere Schulen anreihen, in beiden Fällen in der Regel. Sie würden nicht mehr nach dem Stande oder nach den Vermögensverhältnissen der Eltern, sondern allein nach ihrer Leistungsfähigkeit getrennt werden. So entstände ein Ausbau der Volksschule, der in höheren Grade als jetzt einen jeden die seinem Können und Willen entsprechende Ausbildung seiner Fähigkeiten ermöglichen und gleichzeitig den Anschluß an höhere Schulen herstellen würde. Damit würde eine Einheitschule geschaffen werden und das Wort „Freie Wahl dem Tüchtigen“ würde Wirklichkeit werden können.

Der Minister, der zu einer Sitzung des Ausschusses getreten war, äußerte sich dem Sinne nach, kurz zusammengefaßt, wie folgt:

Könige hold bei allen den Vorgängen, die sie erlebt und die nun geistvoll bei ihr vorüberzogen. Ihre Augen suchten nach dem Minister, er war nicht zu entdecken. Auch der alte Diener hätte sich zurückgezogen hinter eine der Säulen, wahrnehmlich, um dem ersten Jorne seines Herrn zu entgehen, wenn dieser über die Anwesenheit des Bittenden losbrechen mochte. Je länger Raathe von Reuendorf in die Väter starrte, um so mehr schienen diese zu verschwinden. In ungeheurer Entfernung triffen Feuerfäden umher in Nacht und Mitternacht. Der Saal dehnte sich aus als Raum ohne Ende. Wesen ohne Gestalt bewegten sich darin in verworrenen Schwingungen; eine erhabene Rüste durchschonerte die unglückliche Frau, in Herz und Kopf aber dehnte ihr Blut mit Aieberhöhe. So sah sie lange Zeit, ohne sich rühren zu können, in einem halb ohnmächtigen Zustande, mit wachsender Angst kämpfend, daß die schwarze Hand, welche auf ihr lag, sie erdrücken möchte. Und sie wollte wachen, sie wollte diese Schwärze nicht erliegen, sie wollte stark sein.

Jetzt, jetzt! flüsterte eine Stimme. Es war wie eine Donnerstimme, die durch den Saal dröhnte. Als öffnete sich das hohe Gewölbe, und ein blendend Licht säure nieder. Sie hörte auf und sah umher. Das Licht kam aus der Tür, welche weit geöffnet wurde. Sie sah einen Herrn vor sich in Uniform, den Treskendant in die Stirne gedrückt, das rote, erhabene Gesicht auf sie gerichtet.

Wätschlich mußte sie alles und erkannte alles. Das war der König. Seine strengen Augen blühten sie sornig an. Sie faltete ihre Hände und warf sich auf ihre Knie. Was will Sie hier fragen der Komorh laut und rauh. Gnade! Gnade! Gnade! Wer ist Sie? fragte der König fort.

Ich bin die Kätzin des Majors von Reuendorf. Einen Augenblick erfolgte keine Antwort. Der König trat einen Schritt zurück, dann aber idrie er mit großer Befähigkeit: Sie untersteht sich, mir unter die Krone zu kommen? Wer hat sich erlaubt, Sie hierher zu bringen? Strafen Sie mich, Zier, vernichten Sie mich, antwortete die junge Frau, aber hören Sie mein Flehen.

Er löste die Mittelschule mit einer Fernschule sehr. Sie soll für viele Male besser als die höhere Elementarschule sein, weil diese keine abgesehenen Erziehung bewirkt, sondern auf den Besuch höherer Schulen vorbereitet. Die Errichtung von Mittelschulen sei nicht auszuführen, weil Schulgeld erhoben werde. Vielmehr sei der Grund in der jetzigen Ordnung der Mittelschulen zu suchen, die nach dem Siege vorüberwiegend neu werden müssen. Dann würden von selbst mehr Mittelschulen entstehen. Es sei deshalb richtiges, mit der beantragten Umgestaltung des Schulwesens bis dahin zu warten. Grundständig sei es mit den Maßnahmen der Mehrheit einverstanden, aber es handle sich um den Weg und darum, ob ein Referendum bestehe. Gegen den Antrag, wie er vorliegt, habe er schwere Bedenken. Ein Hauptgrund der Mittelschule liege in dem unzureichenden Gehalt. Würden sich die begabteren Schüler vom letzten Schuljahre an der Mittelschule anwerben, so würden andere den ihnen mit dem Schulgeld gleichwertigen Müssen, also nach vier Jahren, ohne abschließende Erziehung die Schule verlassen. Die Kommern hätten dann nichts davon, und so würde der Zustand zum Besuche der Mittelschule zum Schaden der ohnehinigen Volksschule und der Volkserziehung ausfallen können. Die schwereren Bedenken aber habe er gegen die Zwangsanalyse beim Beginn des fünften Schuljahres. Sie werde eine höhere Zahl von Kindern mit Intelligenz zwischen Eltern und Kindern ansetzen, umso mehr als die Besetzung der Kinder im Alter von 10 Jahren nicht mit Sicherheit festzustellen sei.

Im übrigen habe das Schulwesen im Vergleich auf sehr hoher Stufe. Sie hätten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eine größere Anzahl von höheren Schulen, Realhöfen und höheren Bürgerhöfen als andere deutsche Bundesstaaten, so daß sich die es möglich, ihre Kinder höhere Schulen besuchen lassen könnten.

Die Aufhebung der Verpflichtung zur Erhebung von Schulgeld halte er nicht für richtig. Gegen die beantragte gesetzliche Regelung der Zuständigkeit des Staates, habe er keine Bedenken.

Von der Mehrheit des Ausschusses wurde anerkannt, daß die beantragte Organisationsänderung Schwierigkeiten biete, da die wirkliche Begabung sich bei Kindern im Alter von 10 Jahren nicht immer sicher beurteilen lasse. Minister entwidte sie sich erst später. Die in Frage kommenden Kinder würden dann aber immer noch, wenn die Eltern es wünschen sollten, in die Mittelschule aufgenommen werden können. Zwar würden sie dadurch eine gewisse Zeit verlieren, was aber keine andere Wirkung habe, als das alljährlich vorkommende Zurückbleiben einer Anzahl von Schülern in den Klassen höherer Schulen.

Auch sei die Möglichkeit des Verlassens der fünfjährigen Mittelschule nach vier Jahren, also ein Jahr vor Beendigung des Lehrgangs, bei einer achtjährigen Dauer der Schulspflicht nicht von der Hand zu weisen. Gegebenenfalls aber werde man eine Verlängerung der Schulspflicht auf neun Jahre, wie in beispielsweise in Schleswig-Holstein und im Fürstentum Lübeck bestie, im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Jugendberziehung für die Zukunft des Volkes nicht zu schonen brauchen.

Der Antrag bei der Sonderung nach der Begabung lasse sich dadurch abschwächen, daß die Aufnahme in die Mittelschule gegen den Willen der Eltern nicht vorgeschrieben zu werden brauche.

Etwasige Hoffnungen zwischen Eltern und Lehrern, die aus der Zusammenfassung von Kindern an die Elementarschule entstehen könnten, würden zu vermeiden oder zu mildern sein, wenn in Juvetifikations der Kreislaufverkor als eine über der Erde stehende, unwürdige, unpopuläre Stelle bei der Anleihe mitwirde.

Im übrigen brauche man sich nicht starr an den Wortlaut des Antrages zu klammern. Sollte sich die Notwendigkeit der Abänderung in der einen oder anderen Richtung ergeben, so brauche das Durchföhren nicht zu hindern. Es konnte nur darauf an, daß die in dem Antrage gezeichneten Ziele der möglichsten Förderung aller Kinder nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit und der organischen

feuilleton.

Fiat justitia!

Von T. h. Wügg e.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Frau von Reuendorf verstand nichts mehr, endlich hörte sie, daß der Minister erwiderte: Ich werde es verantworten, wenn es dazu kommt.

Aber es könnte ein noch größeres Unglück geschehen, kaufte der Alte, wenn der Herr in seinem Jorne —

Ich bleibe in der Rube, fiel Herr von Rube ein. Es geht nicht anders, Berger; wir müssen es versuchen und alle etwas wagen.

Ich will es gerne tun, auch wenn ich schlecht fortkomme. Es kann nicht mehr lange dauern; hören Sie nur, wie still es drinnen ist, keiner will sprechen. Das hält der Herr nicht lange aus.

Der Minister wandte sich zu seinem Schlingling. Sehen Sie diese Tür, sagte er, hier betritt mich der König kommen. Ich kann nichts weiter tun, aber ich werde in Ihrer Rube sein, und wenn etwa — er hielt inne und fügte hinzu: Mit jeden Fall bin ich bei Ihnen, wenn es nottut.

Und hier ist ein Stuhl, flüsterte der alte Mann. Sehen Sie sich dort an den kleinen Tisch, wo die Reuendorf drehen, und wenn der Herr kommt, weinen Sie nicht, das kann er nicht leiden. Sprechen Sie so deutlich und laut, wie Sie können. Gott mag uns alle behüten!

Frau von Reuendorf trat mechanisch, was ihr geheißen wurde. Sie legte sich auf den Stuhl, nahm das Tuch von ihrem Kopf, bällete den Mantel auf und ließ ihn von ihren Schultern fallen. Vor lauges dunkles Haar sollte in ihren Locken nieder, ihre Hände falteten sich zusammen, ihr blaßes Gesicht betete sich auf die jüngelnden Klammern der Wadenstreifen. Sie konnte nicht denken, ihre Gedanken nicht sammeln. Bald waren diese bei ihrem Gatten, bald bei dem

Fort! Auf der Stelle hinaus! Ich will nichts hören! Ichrie der König, seinen Stuhl erbebend, aber er ließ diesen wieder sinken, als er sah, daß die Dame sich erhob und ihr Haar aus dem Gesicht streichend mit fester Stimme antwortete: Ein gerechter König, wie Sie, Zier, soll jeden Bittenden hören.

Diese Antwort befähigte seinen Jorne. Seine Augen ruhten auf ihr, und es war, als ob sie milder, und seine harten Wienen weicher würden. Was will Sie von mir bitten? fragte er.

Um Gnade für meinen Mann, für den unglücklichen Major von Reuendorf, bitten.

Ihren Mann? rief der König aufstompfend. Weiß Sie wohl, was ich mit ihm machen könnte?

Oh unglücklicher Herr, antwortete Gnade von Reuendorf weid und flehend, alles was Sie über mich beschließen, will ich in Demut tragen. Ich bitte nicht für mich, ich bitte für den Mann, der mein einzigen Gut auf Erden ist. Ich bin schuldig durch meine Liebe, Majestät, ich will leiden, ich will entlassen. Er ist unschuldig. Gnade, Gnade für ihn!

In ihrer Herzensangst streifte sie ihre gelotesteten Hände aus, und ihre Augen voll unglücklicher Schmerzen besteten sich auf des Königs ernstes Gesicht.

Ich kann den Major nicht begnadigen, erwiderte er im strengen, festen Tone. Könnte ich es, so würde es geschehen sein.

Nicht? Nicht? sagte sie verzweifelt.

Von den Wendenblut, von dem Wendenblut, das er vergossen, kann ich ihn nicht losprechen, fuhr der König fort. Mitleidlich verwege ich keinen, wer es aus sein möge. Ich bin Gott im Himmel Verantwortung schuldig.

Und das Herz in ihrer Brust, Zier, ist es von Eisen? rief die unglückliche Frau außer sich.

Von Eisen, wo es Herzensfestig gilt! sagte der König, seinen Arm gebietend ausstreckend. Ich kann Sie nicht helfen. Der Major soll nicht sterben wie ein Hund, den man aufhängt. Aber sterben muß er, kein Mensch kann ihn retten!

